



50 JAHRE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE FREUNDSCHAFT

Am 22. Januar 2013 jährte sich zum fünfzigsten Mal der Tag der Unterschrift des Élysée-Vertrags durch Bundeskanzler Konrad Adenauer und den französischen Präsidenten Charles de Gaulle. Mit diesem Vertrag wurde das Fundament für die deutsch-französische Freundschaft gelegt. Die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus und die Konrad-Adenauer-Stiftung gedenken diesem Jubiläum am 5. Januar 2013 und luden auf den ge-

schichtsträchtigen Petersberg bei Bonn ein. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident a.D. und Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, hielt die Eröffnungsrede, anschließend wurden die deutsch-französischen Beziehungen aus deutscher, französischer und europäischer Sicht diskutiert. Das Abschlusswort hatte Professor Beate Neuss, stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung.

ERBFEINDSCHAFT – FREUNDSCHAFT – KONFÖDERATIVE STRUKTUREN

*Dr. Jürgen Rüttgers,
Ministerpräsident a.D., Vorsitzender des Kuratoriums
der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus*

I.
Konrad Adenauer ist bis in unsere Tage immer noch der beliebteste Bundeskanzler in der Geschichte der Bundesrepublik. Der wunderbare Film über ihn hat dies im vergangenen Jahr erneut bestätigt. Wer über Adenauers Regierungszeit nachdenkt, stößt auf eine revolutionäre Zeit, in der der Satz galt: „Es musste alles neu gemacht werden.“ (1) Die damalige Umbruchzeit war geprägt von der Verabschiedung des Grundgesetzes, der Währungsreform, dem Wiederaufbau und dem Wirtschaftswunder, dem Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft, der Aufnahme in die Gemeinschaft der freien Völker des Westens, der Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Sowjet-Russland, dem Kalten Krieg und dem Bau der Berliner Mauer, der Aussöhnung mit dem Staat Israel und der Überwindung der Erbfeindschaft mit Frankreich sowie dem Beginn der Europäischen Einigung. Sie waren und sind Stationen eines radikalen Neuanfangs nach Nazi-Barbarei, Holocaust und der totalen Niederlage im Zweiten Weltkrieg.



Erstaunlich ist, dass diese unvergleichbare Erfolgsgeschichte unter Konrad Adenauer bis heute bestritten und bekämpft wird. Wer etwa im Buch von Herfried Münkler über „Die Deutschen und ihre Mythen“ (2) liest, dass nur das Wirtschaftswunder und die Währungsreform ein Mythos sind und als „Ergänzungsmythos“ es das „Wunder von Bern“ (3) gibt, wundert sich schon sehr.

Konrad Adenauer kommt in dieser Gründungsbetrachtung der Bundesrepublik nur im Kontext der Rezession von 1950/51 mit folgendem Satz vor: „Die Spannungen zwischen Kanzler Adenauer und Wirtschafts-

minister Erhard verschärften sich, da Adenauer eher auf kurzfristige Erfolge bedacht war und höhere Arbeitslosenzahlen fürchtete, wobei es Erhard langfristig um einen ordnungspolitischen Rahmen ging, der das freie Spiel der Marktkräfte ermöglichen sollte.“ (4)

Neben Mythen gibt es bei Adenauer bis heute aber auch noch Legenden, an denen weiterhin gearbeitet wird. Zu diesen Legenden gehören falsche Behauptungen wie diejenige, dass Adenauer ein Störenfried beim Aufbau einer echten marktwirtschaftlichen Ordnung war. Adenauer war in Wahrheit aber ein überzeugter Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft. Kaum jemand weiß heute noch, dass er schon 1946 in der Kölner Universitätsrede den heute noch populären Satz geprägt hat: „Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft. Unsere grundsätzliche Auffassung verbietet es uns, als Sinn der Wirtschaft nur das ungehemmte Gewinnstreben des Einzelnen zu sehen.“ (5) Eine andere Legende ist, dass er sich vorrangig auf NS-belastete Mitarbeiter gestützt hat. Auch die Behauptung, Adenauer sei gegen die Wiedervereinigung gewesen, ist eine politische Kampfthese. Wegen seiner Westpolitik wurde er damals als „Spalter“ der Nation bezeichnet. (6)

II.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im vergangenen Jahr ein kleines Buch herausgegeben, das sich unter der Überschrift „Kanzler der Einheit“ mit Bismarck, Adenauer und Kohl befasst. (7) Nun gibt es einen Unterschied zwischen diesen Kanzlern, der offensichtlich ist. Bismarck und Kohl haben die Wiedervereinigung in ihrer Amtszeit erleben dürfen. Das gilt für Adenauer nicht. Aber damit hatte der „Alte“ sicher keine Probleme. Das zeigt eine kleine Begebenheit, die uns Botschafter Dieckmann bei seiner Verabschiedung am

12. September 2012 erzählte: Als Churchill Adenauer ob dieses Aufstiegs (gemeint ist, dass Deutschland seinen Platz in der zivilisierten Völkergemeinschaft gefunden hatte) das Kompliment machte, er sei der größte deutsche Staatsmann seit Bismarck, bemerkte Adenauer trocken, dass dazu nicht viel gehöre. (8)

Auch in der Einheits-Politik war Adenauer ein „außenpolitischer Revolutionär“, wie Christian Hacke sagt. (9) Frank Becker beschreibt seine Außenpolitik wie folgt: „Er unterschied zwischen einer ‚richtigen‘ und einer ‚falschen‘ Einheit Deutschlands. Richtig und mithin erstrebenswert war die Einheit dann, wenn sie sich mit Freiheit und Demokratie verband. Dies war nur im Westen durchsetzbar. Der freiheitlich-demokratische Teil des Landes musste sich also in den Westen integrieren [...]. Adenauer wollte für die Einheit [...] nicht den Preis des Verlusts der Freiheit für alle Deutschen bezahlen.“ (10)

Und weil Adenauer und nach ihm Helmut Kohl unbeirrt an dieser neuen, sich von jedweder früheren deutschen Außenpolitik unterscheidenden Politik festhielt, konnten wir 1989/90 die Wiedervereinigung in Freiheit erleben. Und dies mit Zustimmung aller unserer Nachbarn, weil für beide Kanzler klar war, dass die Wiedervereinigung nur als Teil der europäischen Einheit möglich war und ist. Konrad Adenauer brach radikal mit einer ausschließlich national bezogenen Außenpolitik und beendete die zwischen Ost und West schwankende Selbstverortung Deutschlands in Europa.

Schon am 11. Juni 1961, also noch vor dem Bau der Berliner Mauer, hatte Adenauer sein Ziel wie folgt zusammengefasst: „Unser Ziel ist es, dafür zu arbeiten, dass die Gegensätze der Nationalstaaten in Europa im Laufe der Zeit verschwinden. Das gilt auch für die eu-

ropäischen Länder, die jetzt dem Ostblock angehören. Unser Ziel ist, dass Europa einmal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit.“ (11)

III.

Der Grundstein des gemeinsamen Hauses Europa ist die deutsch-französische Freundschaft.

Können Sie sich, meine Damen und Herren, an die Szene während der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union vor vier Wochen erinnern? Der Laudator Thorbjørn Jagland rühmte die deutsch-französische Aussöhnung, weil dadurch Europa „sich aus einem Kontinent des Krieges zu einem des Friedens wandelte.“ Der kluge polnische Ministerpräsident Donald Tusk empfahl der Bundeskanzlerin und dem französischen Präsidenten mitten in den lang anhaltenden Applaus hinein, sich zu erheben. Und so standen sie da und hielten sich bei der Hand.

Ein zentraler Meilenstein auf diesem Weg zur Vergabung und Versöhnung war der Elysée-Vertrag. Er wurde am 22. Januar 1963, also vor fünfzig Jahren, von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle unterschrieben.

Zwischen Deutschen und Franzosen stand damals noch die Last der Vergangenheit. Im Laufe von Jahrhunderten waren aus Menschen gleicher Herkunft Feinde geworden. Seit dem Dreißigjährigen Krieg gab es das böse Wort von der „Erbfeindschaft“. Erst nach zwei Weltkriegen mit Millionen Gefallenen und grausam Ermordeten bestand die Chance zur Versöhnung. Aus der Erbfeindschaft konnte eine Erbfreundschaft werden.

Für Konrad Adenauer war schon vor dem Zweiten Weltkrieg klar, dass nur durch eine enge Zusammenarbeit vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet die Feindschaft überwunden werden konnte. Und so zögerte er nicht, dem Plan des französischen Außenministers Robert Schuman zuzustimmen, eine Montanunion zu schaffen, die dieser ihm vertraulich vorstellte. Die Montanunion sollte allen europäischen Staaten offenstehen.

Am 20. September 1951 kündigte Schuman einen Vorschlag an, über Montanunion und Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) hinaus eine supranationale Autorität zu schaffen. Die Folge war eine überaus kontroverse Diskussion, die darzulegen den heutigen Rahmen sprengen würde. (12) Mitten in der politischen Krise um die EVG sollte mehr Integration die Lösung bringen, eine Vorstellung, die uns heute sehr aktuell

erscheint. Karl Lamers hat jüngst dazu geschrieben: Europa „hat sich von Krise zu Krise weiterentwickelt. Krisen sind der natürliche Entwicklungsmodus geschichtlicher Großprojekte“. (13) Vieles war damals noch zu neu, vieles zu unklar. Die EVG scheiterte am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung. Konrad Adenauer zog aus dem Scheitern folgende Schlussfolgerung: „Beim Aufbau Europas muss schrittweise vorangegangen werden [...]. Zuerst ging man vielleicht zu schnell, dann wartete man zu lang. Auch die beste Butter wird ranzig, wenn man sie jahrelang aufhebt.“ (14) Und vielleicht ist gerade das heute unser Problem. Jedenfalls ist es ein Ratschlag an diejenigen, die glauben eine Vertagung im Europäischen Rat sei schon ein großer Erfolg.

Als Charles de Gaulle 1958 in die Regierung zurückkehrte, wollte er Adenauer sprechen. Der ließ sich aber lange bitten. Er hatte nicht vergessen, dass die Gaulisten wie die Sozialdemokraten in Deutschland damals gegen die europäischen Verträge waren. Als der General Adenauer ganz privat nach Colombey-les-deux-Églises in sein Privathaus einlud, sagte er zu. Diese erste Begegnung im September 1958 war für manche ein Wunder – das „Wunder von Colombey“. Adenauer stand damals unter massivem Druck – innenpolitisch wie außenpolitisch. Sollte er sich de Gaulle widersetzen, der das „atlantische Europa“ durch ein „europäisches Europa“ ersetzen wollte? Damit wäre die deutsch-französische Zusammenarbeit auf absehbare Zeit gescheitert gewesen. Oder sollte er versuchen, trotz unterschiedlicher Auffassungen über das supranationale Ordnungsprinzip Europas, über die Mitgliedschaft in der NATO und den Versuch de Gaulles, zusammen mit der Sowjetunion das Abkommen von Jalta zu überwinden, einen gemeinsamen Weg zu finden? Adenauer entschied sich für den zweiten Weg und verfolgte damit eine Politik der kleinen Schritte. (15)

Adenauer war jedenfalls von de Gaulles einfachem Lebensstil, von seiner Offenheit und den Gemeinsamkeiten im politischen Denken überrascht. Dieses Grundvertrauen bestätigte sich in den folgenden zehn Jahren der Zusammenarbeit und bei sechzehn Begegnungen. (16)

Als de Gaulle im September 1962 vor einer begeisterten Menschenmenge auf dem übervollen Marktplatz von Bonn vom „großen deutschen Volk“ sprach, war das für viele Deutschen wie eine „Lossprechung“. (17) Kein anderer als der General hätte sie aussprechen können. Nur er konnte Frankreich in diese nicht leichte Freundschaft mit den Deutschen führen. Und es ging nur mit Adenauer, den de Gaulle in einer Pressekonfe-



renz schon am 16. März 1950 so beschrieb: Er verfolge schon seit dreißig Jahren, also seit 1920, „avec intérêt et considération“ die Taten und Äußerungen Adenauers, dieses guten Deutschen, wie er hinzufügte. (18)

Nach Rückkehr von seinem triumphalen Staatsbesuch ging de Gaulle mit „unglaublicher Dynamik“ ans Werk. Nur zehn Tage später, am 19. September 1962 ging ein Vorschlag nach Bonn ab, der eine enge Zusammenarbeit in Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanz- sowie Jugend- und Erziehungspolitik enthielt. Die deutsche Antwort zog sich hin. Es musste eine Ressortabstimmung erfolgen und insbesondere die Kultusministerkonferenz beteiligt werden. „Die deutsche Antwort kam erst [...], als wir begonnen hatten, die Geduld zu verlieren. Dafür war sie aber so, wie man sie sich nicht besser hätte wünschen können“, schrieb Botschafter Seydoux. (19)

Die letzten offenen Punkte wurden erst nach Ankunft der deutschen Delegation in Paris entschieden. Um statt einer Niederschrift, also einem Regierungsabkommen, einen förmlichen Vertrag abschließen zu können, musste das französische, blau umrandete Papier auch für die deutsche Fassung genommen werden. Eine blaue Ledermappe ohne Bundesadler wurde in einer Pariser Boutique gekauft. Am 22. Januar 1963 wurde der Vertrag im Elysée-Palast unterschrieben.

Dem diplomatischen Prozess folgten ein schwieriges parlamentarisches Ratifikationsverfahren sowie eine massive öffentliche und interne Kritik, die letztlich Adenauers Sturz beschleunigte. Es war von einem „überflüssigen Vertrag“ und einem „totgeborenen Kind“ die Rede. Alte Weggefährten (wie Blankenhorn) setzten sich von Adenauer ab. Von Kennedy kam ein verärgerter Brief. Die USA drohten auf diplomatischen Kanälen damit, Europa zu verlassen. Der britische Pre-

mier glaubte, Frankreich habe mit dem Vertrag die Hegemonie auf dem Kontinent übernommen. Adenauer versuchte de Gaulle zu beruhigen und versprach eine schnelle Ratifikation bis Mai. Erhard warf dem Kanzler den Fehdehandschuh hin. Adenauer musste letztlich eine Präambel akzeptieren. Die CDU/CSU-Fraktion bestimmte Erhard zum Nachfolger Adenauers als Bundeskanzler. Zwei Tage später erfolgte die erste Lesung des Elysée-Vertrages im Bundestag. (20)

Rund ein Viertel Jahrhundert später wurde Deutschland wiedervereinigt in einem europäischen Rahmen mit Zustimmung aller seiner Nachbarn, anders als alle Gegner Adenauers vorhersagten.

Wie hieß es doch im „Präambelsatz“ der Gemeinsamen Erklärung: „In der Erkenntnis, dass die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerlässlichen Schritt auf dem Weg zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist.“ (21)

In einer europäischen Meistererzählung reichten sich damals Deutsche und Franzosen über den Gräbern und Gräben der Vergangenheit die Hand. Wenn Deutschland und Frankreich einig vorangingen, kam auch Europa voran. Das gilt bis heute.

IV.

Durch den Elysée-Vertrag ist ein Netz von staatlichen und privaten Beziehungen entstanden, das einmalig ist. Zwischen den beiden Ländern gibt es eine permanente Zusammenarbeit und häufige Konsultationen. Es gibt eine institutionelle Zusammenarbeit der Parlamente. In den Ministerien gibt es Kontaktbeamte. Minister des jeweils anderen Landes nehmen an den Kabinetts-Sitzungen teil.

Der Bereich der deutsch-französischen Institutionen ist kaum zu überblicken. Es gibt über 250 bilaterale Gesellschaften. Auch in der Wirtschaft gibt es vielfältige Verflechtungen. 2200 Städtepartnerschaften gehören zur gelebten Wirklichkeit. Viele bilaterale Einrichtungen sind später europäisiert worden. 200.000 junge Menschen nehmen derzeit jährlich an den Programmen des deutsch-französischen Jugendwerks teil, seit der Gründung insgesamt acht Millionen.

Aber es ist in diesem Jubiläumsjahr nicht alles eitel Sonnenschein. Es gibt so etwas wie die „Illusion der Nähe“. „Pragmatismus und gesundes Misstrauen zwischen Berlin und Paris beherrschen die Szene [...], ohne dabei zu berücksichtigen, dass Deutschland und Frankreich in zwei völlig unterschiedlichen Systemen leben, die trotz der Nachbarschaft für den anderen auch heute noch ein Buch mit sieben Siegeln zu sein scheinen“, hat der ehemalige deutsche Botschafter Joachim Bitterlich in einer Rede gesagt. (22) Viele Städtepartnerschaften sind nicht mehr aktiv. Für junge Leute ist es spannender, in Australien zu studieren statt in Frankreich. Der Binnenmarkt ist nicht vollendet. Es gibt keine gemeinsame Verkehrspolitik. Die Bahnnetze sind nicht offen. Die Energienetze sind nicht kompatibel, weil Übergabepunkte nicht ausgebaut sind. Schlimmer noch: Da steigt die Zahl der Armutsflüchtlinge aus Afrika, und schon denken die Innenminister darüber nach, die offenen Grenzen aufzugeben und innereuropäische Grenzkontrollen einzurichten.

Es ist eine trügerische Annahme, Partnerschaft und Freundschaft sei eine Selbstverständlichkeit. Wie jede Beziehung muss sie immer wieder mit neuem Leben erfüllt, gepflegt und weiterentwickelt werden. Ohne die deutsch-französische Freundschaft und ihr gemeinsames Handeln in und für das Vereinte Europa wird das bisher Erreichte gefährdet. Ohne die deutsch-französische Freundschaft und das gemeinsame Handeln wird es nicht gelingen, die Finanzkrise, die Verschuldungskrise, die Euro-Krise zu bewältigen. Aus der Euro-Union wird mehr und mehr eine Euro-Desunion.

Die Lage ist schwierig. Die Europäische Kommission versucht verzweifelt, sich gegenüber dem Rat zu behaupten statt eine Politik des industriellen Aufbaus und des wirtschaftlichen Wachstums gerade in den Krisenländern voran zu bringen. Im Europäischen Rat versucht jedes Land, wie weiland in den immerwährenden Fürstenkonferenzen eigene Interessen durchzusetzen. Das Europäische Parlament nimmt seine Rolle als gestaltende, Europa vereinende und demokratisch legitimierte Institution nicht in der notwendigen Form wahr.

Früher gab es immer wieder Staatsmänner, für die die Gemeinsamkeit in Europa Voraussetzung für das Wohlergehen aller war. Heute scheint es einen Prozess der Renationalisierung zu geben, der den belohnt, der wenig solidarisch ist.

Damals vor fünfzig Jahren gab es Adenauer und de Gaulle. Das Bild der Staatsmänner beim Hochamt in der Kathedrale von Reims gehört zu den Bildikonen der europäischen Geschichte. Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt legten die Grundlagen für eine gemeinsame europäische Währung. Helmut Kohl und François Mitterrand reichten sich über den Gräbern der Schlachtfelder in Verdun die Hände. Vielleicht wird das Bild von Angela Merkel und François Hollande bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union eine solche Bildikone werden.

V.

Ich bin fest davon überzeugt, dass Europa jetzt neue Impulse braucht. Sonst wird aus der Euro-Desunion eine neue Euro-Sklerose.

Es gehört zur Dialektik des europäischen Einigungsprozesses, dass neben der Renationalisierung der europäischen auch eine Europäisierung der nationalen Politik stattfindet, der sich auch euroskeptische Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht oder die Bundesbank nicht entziehen können.

Diese Gleichzeitigkeit nationaler und europäischer Entwicklungen führt dazu, dass eine alte Frage auf die europäische Tagesordnung zurückgekehrt ist. Das alte Problem deutscher und europäischer Politik, das in dem Satz beschrieben wird, „zu groß für Europa, aber zu klein für die Welt“, bedarf einer neuen Antwort. Der Versuch, Deutschland durch die Einführung des Euro und die „2 plus 4-Verhandlungen“ in die europäische Architektur auf Dauer einzubeziehen, trägt nicht mehr.

Bei einem Gespräch mit dem einflussreichen demokratischen Abgeordneten Barney Frank im vorigen Jahr in Washington über Bankenregulierung und Eurokrise forderte dieser plötzlich: „Deutschland muss die militärische Führung in Europa übernehmen. Die USA kann nicht länger die Sicherheit Europas bezahlen. Wir müssen sparen.“ Meine spontane Reaktion: „Vergessen Sie das. Reden sie mit Frankreich“, beantwortete er mit dem Satz: „Die haben nicht genügend Geld.“ Was lehrt uns diese Geschichte? Deutschland wird sich solchen Fragen ebenso nicht entziehen können wie Frankreich den ökonomischen Problemen.

Wir müssen also eine gemeinsame Antwort suchen und finden. Das „zu groß für Europa, zu klein für die Welt“ gilt – und das ist neu – nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich und ebenso für Großbritannien. Deutschland darf und kann nicht den Versuch machen, zu bestimmen, was in Europa geht. Frankreich wird die außen- und sicherheitspolitische Führung nicht alleine übernehmen können. Die Außenpolitik für Europa bedarf nicht nur nationaler, sondern europäischer Antworten. Dies gilt umso mehr, als auch besondere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten durch deren stärkeres Engagement im pazifischen Raum nicht einfacher werden. Europäische Außenpolitik heißt deshalb auch immer transatlantische Politik. Weil Frankreich und Deutschland dabei voran gehen müssen, liegt es eigentlich nahe, jetzt gemeinsam zu handeln.

Aus Frankreich kam die Idee, den fünfzigsten Jahrestag des Elysée-Vertrages zu nutzen, den Vertrag fortzuschreiben. Die Deutschen sollten den Vorschlag nicht einfach beiseite legen. Wir sollten darüber nachdenken, ob es möglich ist, die Gemeinschaft des Vertrages zu einer Gemeinschaft mit „konföderativen Strukturen“ fortzuentwickeln.

Die Väter Europas waren schon einmal dazu bereit, Deutschland und Frankreich – wo immer möglich – zu integrieren. Die Zeiten waren damals nicht so. Heute besteht nicht nur die Möglichkeit; heute ist es erforderlich. Elemente eines solchen Weges können eine stärkere Parlamentarisierung der Zusammenarbeit sein, der Ausbau einer gemeinsamen Infrastruktur im Bahn-, Energie- und Luftfahrtbereich. Notwendig ist die generelle Anerkennung der Schul-, Berufs- und Hochschulabschlüsse. Gut wäre eine Zusammenarbeit, gar Zusammenlegung von Einrichtungen im außenpolitischen Bereich, die diesen Namen verdient. Die Grün-

dung eines deutsch-französischen Forschungsrates sowie eine intensivere Zusammenarbeit in Wirtschaftspolitik und den Wirtschaftswissenschaften sind wichtig, um eine europäische Soziale Marktwirtschaft zu entwickeln, die die Erfahrungen und Interessen der beiden Länder zu einer gemeinsamen Ordnungspolitik vereint.

Alle Projekte sollten offen für die anderen europäischen Länder sein. Das gilt vor allem für Polen, das ja Mitglied des Weimarer Dreiecks ist. Auch auf das Wissen der kleineren Länder können wir nicht verzichten. (23)

Deutschland und Frankreich haben eine große Verantwortung für die Zukunft der Europäischen Union. Natürlich werden Fragen der institutionellen Weiterentwicklung in beiden Ländern zunächst unterschiedlich beurteilt. Ich habe selbst noch im vergangenen Jahr erlebt, wie oft Administrationen auf alte Denkmuster und Akten aus längst vergangenen Zeiten zurückgreifen, die man zu nationalen Interessen hochstilisiert. Neue Fragen erfordern aber neue Antworten. Es reicht auch nicht, nur miteinander in Gremien zu reden. Man muss auch handeln.

Vor über sechzig Jahren hat Konrad Adenauer eine „Union“ zwischen Deutschland und Frankreich vorgeschlagen. (24) Da war er seiner Zeit weit voraus. Vieles hat sich seitdem verändert. Aber es ist Zeit, den nächsten Schritt zu tun. Das Wichtigste dazu ist – um mit Konrad Adenauer zu sprechen – der Mut.

ANMERKUNGEN:

1. „Adenauer: Es musste alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953, bearb. von Günter Buchstab, Stuttgart 1986.
2. Vgl. Herfried Münkler, *Die Deutschen und ihre Mythen*, Berlin, 2. Aufl. 2009, S. 455-476.
3. Vgl. ebd., S. 467.
4. Ebd.
5. Grundsatzrede des 1. Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union für die Britische Zone in der Aula der Kölner Universität vom 24. März 1946, in: Konrad Adenauer, *Reden 1917-1967. Eine Auswahl*, hg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 82-106, hier S. 89.
6. Vgl. Frank Becker, *Die Einigung Deutschlands in der Publizistik*, in: *Kanzler der Einheit. Bismarck – Adenauer – Kohl. Herausforderungen und Perspektiven*, hg. von Hanns Jürgen Küsters/Ulrich Lappenküper, St. Augustin/Berlin 2012, S. 65-91, hier S. 78.
7. *Kanzler der Einheit. Bismarck – Adenauer – Kohl. Herausforderungen und Perspektiven*, hg. von Hanns Jürgen Küsters/Ulrich Lappenküper, St. Augustin/Berlin 2012.
8. Unveröffentlichtes Manuskript der Rede von Botschafter a. D. Dr. Heinrich-Dietrich Dieckmann anlässlich seiner Verabschiedung als Mitglied des Vorstandes der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus am 12. September 2012. Zum Nachweis des Zitats vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Premierminister Churchill in London, 15. Mai 1953, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953*, bearb. von Matthias Jaroch und Mechthild Lindemann, München 2001, Nr. 144, S. 429-437, hier S. 434.
9. Vgl. Christian Hacke, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, aktualisierte Neuausgabe Berlin 2004, S. 49-54.
10. Becker (wie Anm. 6), S. 79.
11. *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 106/61, S. 1022.
12. Vgl. dazu Hanns Jürgen Küsters, *Zwischen Vormarsch und Schlaganfall – Das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft und die Haltung der Bundesrepublik Deutschland (1951-1954)*, in: *Die Europäische Integration vom Schuhman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*, hg. von Gilbert Trausch, Baden-Baden 1993, S.259ff.
13. Karl Lamers, *Europa – die Antwort der Europäer auf die Globalisierung*, in: *Der fröhliche Sisyphos. Für Wolfgang Schäuble*, hg. von Nils Ole Oermann u. a., Freiburg i. Br. 2005, S. 113-135, hier S. 126.
14. Zit. nach Küsters (wie Anm. 12), S. 291f.
15. Vgl. Per Fischer, *Der diplomatische Prozess der Entstehung des Deutsch-Französischen Vertrages von 1963*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 41 (1993), S. 101-117.
16. Vgl. ebd., S. 104.
17. Hermann Kusterer, *Der Kanzler und der General*, Stuttgart 1995, S. 266.
18. Zit. nach Arnulf Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie*, München 1971, Bd. 1, S. 123, Anm. 22.
19. François Seydoux, *Botschafter in Deutschland. Meine zweite Mission 1965-1970*, Frankfurt a. M. 1978, S. 182.
20. Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1991, S. 800ff.
21. Zit. nach Fischer (wie Anm. 15), S. 112.
22. Rede Joachim Bitterlichs bei der CDU Mainz-Gonsenheim vom 3. Oktober 2012, abrufbar unter: <http://www.cdu-gonsenheim.de> (7.1.2013). Zur Notwendigkeit der deutsch-französischen Kooperation im europäischen Rahmen vgl. Jürgen Rüttgers, *Zeitenwende – Wendezeiten. Das Jahr-2000-Projekt: Die Wissensgesellschaft*, Berlin 1999, S. 164.
23. Der ehemalige Botschafter Joachim Bitterlich hat in einer Rede zum 3. Oktober 2012 in Mainz (wie Anm. 21) folgende Themen für ein Kernprogramm vorgeschlagen: Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion einschließlich einer sinnvollen Abstimmung in der Sozialpolitik, Vollendung und Modernisierung des Binnenmarktes, Umsetzung einer abgestimmten Energiepolitik und Umweltschutz, gezielte Förderung von Industrie, Innovation und Forschung sowie Aus- und Weiterbildung, Gemeinsame Innen- und Sicherheitspolitik, Gemeinsame Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, Anpassung, Straffung der Organisationsstrukturen der EU.
24. Vgl. hierzu Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952*, Stuttgart 1986, S. 700ff.



PERSPEKTIVEN DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN – DISKUSSIONSRUNDE MIT DEUTSCHER, FRANZÖSISCHER UND EUROPÄISCHER BETEILIGUNG

In der anschließenden Diskussionsrunde kamen deutsche und französische Stimmen zu Wort. Neben Yves Bur, dem ehemaligen langjährigen Vorsitzenden der deutsch-französischen Parlamentariergruppe, diskutierten Karl Lamers MdB a.D., Professor Horst Teltschik, ehemaliger außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl, sowie Axel Voss MdEP gemeinsam mit der Moderatorin Hildegard Stausberg, Korrespondentin für Außenpolitik der WELT, über die aktuelle Situation und die Perspektiven der deutsch-französischen Beziehungen.

Symbolische Treffen sind wichtig, um Verantwortung bewusst zu machen

Die erste Frage richtete sich an den französischen Politiker Yves Bur und bezog sich auf das Grundvertrauen zwischen Adenauer und de Gaulle und darauf, ob deren Art der gemeinsamen Politik auch heute noch möglich ist. Nach Burs Meinung könnte die Arbeit von Adenauer und de Gaulle weitergeführt werden, denn auch wenn es schwierige Momente zwischen Deutschland und Frankreich gibt, herrscht immer noch eine besondere – eine sehr starke – Beziehung zwischen den beiden Ländern vor. Für Bur ist besonders wichtig, dass in dieser langjährigen Freundschaft Probleme offen angesprochen werden können. Um die Beziehung zwischen den beiden Ländern zu erhalten, sind für ihn symbolische Treffen von großer Bedeutung. Treffen wie die gemeinsame Sitzung von Bundestag und Assemblée Nationale am 22. Januar 2013 zur Feier der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages vor fünfzig Jahren. Solche Treffen lassen die Teilnehmer spüren, dass sie eine besondere Verpflichtung und Verantwortung gegenüber dem jeweils anderen Land haben. Diese Gefühle nehmen sie mit nach Hause und haben Einfluss auf die weiteren Beziehungen zwischen den Ländern.

Europa kann nur geschlossen stark sein

Für Karl Lamers, den ehemaligen Abgeordneten des deutschen Bundestags und außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, sind die wichtigsten Punkten der deutsch-französischen Meistererzählung die Förderung einer gemeinsamen politischen Basis zwischen Deutschland und Frankreich. Für Europa spielt neben einer gemeinsamen Geldpolitik auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik und eine gemeinsame Sozialpolitik eine Rolle. Globalisierung kann nicht rückgängig gemacht werden, sondern muss gestaltet werden. Dies kann nur gemeinsam funktionieren. Um in der globalisierten Welt Beachtung zu finden und an den Regeln der Globalisierung mitzuarbeiten, muss Europa gemeinsam wirken. Die Mitgliedsstaaten der EU dürfen sich nicht isolieren.

Prof. Horst Teltschik, ehemaliger außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl, machte darauf aufmerksam, dass es nicht nur Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland gibt, sondern bereits innerhalb Deutschlands. Schon hier gibt es unterschiedliche Auffassungen von Europa und keine gemeinsame Strategie. Seiner Meinung nach kam der Elysée Vertrag zustande, weil große Persönlichkeiten den Mut hatten, strategisch zu denken und eine gemeinsame Idee zu vertreten. Für die Durchsetzung einer Strategie braucht es fast immer Verbündete. Wenn es nicht möglich ist, in einer großen Gruppe eine gemeinsame Entscheidung zu treffen, wäre ein denkbarer Weg, sich zunächst bilateral zu einigen. Wenn sich zwei Länder einig sind, können sie ihre Ideen besser vertreten und dann nach und nach weitere Partner überzeugen. Europa kann nur gemeinsam stark sein in der globalisierten Welt, deshalb muss jedes Land, auch Großbritannien überlegen, ob es sich isolieren oder dabei sein möchte.

Eine europäische Sicht auf die Situation legte der Europaabgeordnete Axel Voss dar. Seiner Meinung nach haben Abgeordnete des Europäischen Parlaments vor allem Europa im Kopf und arbeiten kollegial zusammen. Zwischen deutschen und französischen Abge-



ordneten ist aber durchaus ein Bewusstsein dafür vorhanden, dass sie eine besondere Beziehung verbindet. Allerdings gibt es bisher keine strukturelle Idee davon, dass sich deutsche und französische Abgeordnete zusammensetzen, um gemeinsame Ideen zu vertreten. Um gemeinsame Initiative von deutschen und französischen, aber auch von polnischen und italienischen Parlamentariern zu erreichen, müssten nationale Interessen hintenangestellt werden, was sich als schwierig darstellen könnte.

Europa braucht eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, um in der globalisierten Welt zu bestehen

Yves Bur ging in einem weiteren Statement auf die unterschiedlichen Positionen Deutschlands und Frankreichs in der Wirtschaftspolitik ein. Um sie auf eine gemeinsame Basis zu bringen, wäre seiner Meinung nach viel Zeit und Energie notwendig. Deutschland hat viele Reformen umgesetzt, um sich der Globalisierung anzupassen. Frankreich dagegen hat an seinem Wohlfahrtsstaat festgehalten. Dadurch ist eine Spaltung entstanden. Trotzdem muss die Zusammenarbeit enger werden. Frankreich muss nun nachziehen und notwendige Reformen, wie Rentenreformen oder die Modernisierung des Wohlfahrtsstaats, umsetzen. Sein Land wird sich darauf einstellen müssen, dass 2013 ein schwieriges Jahr wird. Das wird auch Konsequenzen auf die deutsch-französischen Beziehungen haben. Deshalb ist es gerade jetzt besonders wichtig, dass sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident François Hollande gut verstehen und enger zusammenarbeiten. Gleichzeitig sollten auch andere Länder, beispielsweise Polen, enger einbezogen werden.

Auch für Horst Teltchik ist die Globalisierung ein Grund für die Spaltung zwischen Deutschland und Frankreich. Die deutsche Wirtschaft hat sich besser und schneller auf die Globalisierung eingestellt als die französische. Gleichzeitig ist er sich sicher, dass sich wichtige Reformen auch in Frankreich durchsetzen werden. Um den Herausforderungen der Globalisierung gewachsen zu sein, ist eine gemeinsame Wirt-

schaftspolitik in Europa wichtig. Nur so kann die EU in der Welt wahrgenommen werden.

Die europäischen Länder müssen sich kennenlernen und verstehen

Karl Lamers sieht die wichtigste Basis für eine funktionierende Zusammenarbeit darin, sich gegenseitig zu verstehen. Er schlug vor, die Welt nicht nur mit den eigenen Augen zu sehen, sondern auch mit den Augen der anderen. „Wenn wir versuchen, die Welt mit französischen Augen zu sehen, werden wir feststellen, dass sie anders aussieht.“

Die Stärke des europäischen Parlaments ist es nach Axel Voss, dass hier versucht wird, eine gemeinsame Richtung einzuschlagen, um nach vorne zu gehen. Gleichzeitig stehen aber für die Abgeordneten auch immer mehr nationale Interessen im Vordergrund. Dies macht Abstimmungen schwierig und zäh. Für ihn wird deutlich, dass Europa nicht mehr so leicht zu verkaufen ist wie noch vor zwanzig Jahren.

Zum Ende der Diskussionsrunde unterstrich Yves Bur noch einmal, wie wichtig es ist, gemeinsam an Themen wie der Energiewende, der Verteidigung und der Rüstung zu arbeiten und diese Themen zukünftig aktiver anzufassen.

Gemeinsamer Konsens der Diskussionsrunde war, dass an einer gemeinsamen Wirtschafts- und Außenpolitik gearbeitet werden muss. Außerdem wurde betont, dass es wichtig ist, dass sich die Länder in Europa besser kennenlernen und verstehen, dass der Austausch kontinuierlich gefördert wird und allen bewusst ist, dass Europa nur gemeinsam in der globalisierten Welt bestehen kann.

Zum Abschluss des Symposiums würdigte Professor Beate Neuss, stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, ein halbes Jahrhundert Elysée-Vertrag, unterstrich Rüttgers Ausführungen zur Einbettung des Vertrags in den historischen Kontext und dankte für die bereichernde Diskussionsrunde.



„DIE FREUNDSCHAFT LEBT“

*Prof. Dr. Beate Neuss
Professorin für Internationale Politik an der TU
Chemnitz, stellvertretende Vorsitzende der Konrad-
Adenauer-Stiftung*

Es freut mich sehr, dass wir heute zusammengekommen sind, um den Elysée-Vertrag zu würdigen, der nun bereits ein halbes Jahrhundert lang ein Motor für die Integration der Europäischen Union und zugleich ein wichtiger Anker für die Stabilität Europas ist. Es war bereichernd, von Ministerpräsident Rüttgers in den historischen Kontext des Vertrags und seine heutige Bedeutung eingeführt zu werden - und nicht weniger bereichernd, den Podiumsteilnehmern zuzuhören, die die Potentiale der deutsch-französischen Freundschaft nach dem Regierungswechsel in Frankreich diskutierten. Zugleich gingen auch sie zurück in die Praxis des bilateralen Verhältnisses der letzten fünf Jahrzehnte und zeigten höchst anschaulich, unter welchen Zwängen die Kooperation gelitten hat, aber auch welche kreativen Ideen entstanden, um die Beziehungen lebendig zu halten. Monsieur Yves Bur konnte uns die französische Sicht analysieren und auf unterschiedliche wirtschaftliche Konzepte verweisen, mit Karl Lamers und Prof. Horst Teltschik sprachen zwei Vertreter der deutschen außenpolitischen Praxis - aus dem Bundestag und aus der Politikberatung -, während Axel Voss Aspekte der europäischen Sichtweise im Europäischen Parlament einbrachte. Sehr herzlichen Dank für Ihre engagierte Auseinandersetzung mit dem Thema. Der Dank geht auch an Frau Dr. Stausberg, die die Diskussion geschickt zu den - wie Sie es nannten „wesentlichen, komplizierten und kritischen“ - Punkten lenkte.

Der Elysée-Vertrag war eine Herzensangelegenheit von Konrad Adenauer. Der innovative Vertrag stellt ein Herzstück der Europäischen Einigung dar. Seine Konstruktion war meines Wissens ein völkerrechtliches Novum, denn es sah regelmäßige Beratungen und Treffen auf Ebene der Regierung und der Ministerien in entscheidenden Politikbereichen vor - insbesondere der Außenpolitik - und beinhaltete ein Jugendwerk. In ihm wurde nicht nur eine Freundschaft besiegelt, sondern es wurden Strukturen geschaffen, um diese Freundschaft über Jahrzehnte hinaus auszubauen und zu festigen. Die regelmäßigen Konsultationen schützten die Beziehung in Zeiten, wenn es um die „Chemie“ der Regierungs- und Staatschefs zunächst nicht allzu gut bestellt war. War der Vertrag anfangs von Befürwortern der EWG 1962/1963 skeptisch gesehen worden, so hat er sich als essentielles Element europäischer Politik erwiesen. Die Sorge, die deutsch-französischen Sonderbeziehungen könnten die Integration der Staaten Europas behindern, hat sich nicht bewahrheitet. Das Gegenteil ist richtig. Der Elysée-Vertrag hat die beiden Führungsmächte Europas auch in Zeiten von divergenten Auffassungen zu enger Konsultation verpflichtet - aus dem daraus resultierenden Verständnis für die Lage des Partners konnten europäische Projekte entstehen, an denen schließlich sich auch andere Mitglieder der EU beteiligen wollten.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich zur Aufgabe gemacht, diese Freundschaft mit all ihren Mitteln zu stärken und durch die Einbeziehung der jungen Generationen stets neu zu beleben. Mit der Förderung dieser Freundschaft geht die Förderung der Europäischen Einigung einher. Ging es 1963 darum, den Austausch zwischen Franzosen und Deutschen zu gestalten, um Vorurteile abzubauen und eine Kooperation überhaupt erst zu ermöglichen, so geht es 2013 darum, diese

bewährte Kooperation fortzusetzen, um die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union zu sichern. Frankreich und Deutschland wurden so zum Motor und zur Avantgarde vertiefter Integration.

So gilt es heute nicht nur, aktuelle Fragen wie die Krise in Griechenland, allgemeine Konzepte der Ordnungs- und Sozialpolitik oder aber die Positionen in der Außen- und Sicherheitspolitik zu besprechen, sondern auch die mittel- und langfristigen Entwicklungsperspektiven der EU zu behandeln. Denn neben aktuellen Herausforderungen stellt sich immer drängender die Frage, wie die EU in fünfzehn oder zwanzig Jahren aussehen soll, welche Leitbilder deutsche und französische Politiker verfolgen und wie diese Vorstellungen miteinander in Einklang gebracht werden können. Die Konrad-Adenauer-Stiftung nimmt den fünfzigsten Jahrestag des Vertrages zum Anlass, um am Jahrestag der Vertragsunterzeichnung, aber auch während des ganzen Jahres im Rheinland, in Berlin und durch ihr Büro in Frankreich Fragen der bilateralen Beziehungen und des gemeinsamen Wirkens für die Zukunft Europas zu bearbeiten. Besonders hervorheben möchte ich einen Workshop junger deutscher und französischer Journalisten, deren Arbeit auch im Netz stehen wird, und die Erörterungen von Vertretern deutsch-französischer Gesellschaften über die gemeinsame Zukunft in einer anderen Veranstaltung, an der zwei Enkel der großen Staatsmänner Charles de Gaulle und Konrad Adenauer teilnehmen werden.

Der politische Wechsel in Frankreich hat dazu geführt, dass zahlreiche bisher akzeptierte Grundsätze der europäischen Einigung wieder neu in Frage gestellt werden und deshalb erneut diskutiert werden müssen. Am augenfälligsten ist dies natürlich auf dem Felde der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Hier bestehen teilweise diametral gegensätzliche Auffassungen zwischen der französischen und der deutschen Regierung, zwischen den Ländern Nordeuropas und denen Südeuropas.

Besonders eindrücklich manifestieren sich diese Unterschiede bei der Frage, wie Europa wieder zu mehr Wachstum zurückkehren kann. Frankreich ist überzeugt von mehr staatlichem Interventionismus und höheren Staatsausgaben. Deutschland schwört auf strukturelle Reformen und verstärkte Sparanstrengungen. Dieser traditionelle Grundkonflikt schwelt und wird auch die weitere europäische Zusammenarbeit bestimmen.

Der Dissens zwischen deutschen und französischen wirtschafts- und finanzpolitischen Überzeugungen, der sich auch in den Veranstaltungen der Konrad-Adenau-

er-Stiftung manifestierte, dürfte die nächsten Jahre nachhaltig prägen. Es ist eine der zentralen Aufgaben der Stiftung, diesen Dialog mit zu gestalten und dabei den ordnungspolitischen Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft Gehör zu verschaffen.

Leider hat der Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik in Europa in letzter Zeit an Intensität eingebüßt. Dabei ist er gerade gegenwärtig wichtiger denn je. Die USA verlagern ihr strategisches Hauptaugenmerk in Richtung Pazifik. Gleichzeitig erwarten sie ein stärkeres Engagement der Alliierten in anderen Krisengebieten. Im Falle Libyens hatte Frankreichs Präsident Sarkozy das Heft in die Hand genommen. Deutschland stand leider abseits. Zukünftig dürfen sich solche Divergenzen zwischen Deutschland und Frankreich bzw. innerhalb der EU nicht wiederholen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat die Problemfelder im Bereich der EU-Integration identifiziert und diese zur Grundlage eines intensiven Dialogs zwischen wichtigen politischen Entscheidungsträgern und Multiplikatoren gemacht. Einzelne deutsche und französische Positionen, z.B. bezüglich der Lösung der



Euro-Krise, der Eurobonds, der Beurteilung der Krise in Griechenland sowie der Rolle Deutschlands und Frankreichs bei der Behebung der Krise, haben sich im Rahmen dieses Dialogs angenähert. Zumindest das bürgerliche Lager in Frankreich teilt viele der Positionen, welche auch das bürgerliche Lager in Deutschland vertritt. Im deutschen und im französischen bürgerlichen Lager konnten somit Positionen einander angenähert werden.

Insgesamt zeigen die Bemühungen der Stiftung, dass auf beiden Seiten eine große Bereitschaft zum Dialog vorhanden ist – die Freundschaft lebt. Die Freundschaft ist eine Herzensangelegenheit geblieben. Trotz Meinungsverschiedenheiten genießt Deutschland in der französischen Bevölkerung großes Ansehen.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**



Deutschland wird immer wieder in den französischen Medien und auch in der politischen Debatte als Bezugsland angeführt. Die Bereitschaft, von einander zu lernen, ist sehr ausgeprägt.

Die Vorstellungen über den Fortgang der europäischen Integration liegen aber noch weit auseinander. Die französischen Vorstellungen beziehen sich vorwiegend auf die Überwindung der unmittelbar anstehenden Krise. Die deutschen Vorstellungen konzentrieren sich sehr viel stärker auf die mittlere bis lange Frist – nach dem Motto: wie kann man zukünftig verhindern, dass solche Krisen wieder auftreten.

Deutschland und Frankreich bilden den Kern Europas. Die Pflege guter Zusammenarbeit ist umso wichtiger, weil Deutschland und Frankreich auch weiterhin der Motor der europäischen Integration sein werden. Nicht im Sinne eines Direktoriums – wie Präsident Hollande jüngst befürchtete –, sondern als Antreiber, als Tandem, in dessen Kompromiss sich auch die meisten übrigen Mitglieder der EU wiederfinden können.

Konrad Adenauer stellte auf seiner letzten Auslandsreise 1967 fest: „In unserer Epoche dreht sich das Rad der Geschichte mit ungeheurer Schnelligkeit. Wenn der Einfluss der europäischen Länder weiter bestehen soll, muss gehandelt werden.“ Dies trifft heute mehr denn je zu – und die beiden Kernstaaten der EU haben die historische Pflicht, den Kontinent geeint und prosperierend zu erhalten und ihm die Stimme in der Weltpolitik zu geben, die es verdient mit seiner wirtschaftlichen Bedeutung, seinen kulturellen Leistungen, seiner Solidarität mit den Entwicklungsländern und mit seiner gesellschaftlich-politischen Vorbildfunktion hinsichtlich der Versöhnung von Gegensätzen durch Integration und soziale Marktwirtschaft.

Ich wünsche dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag eine große Wirkung für die kommenden fünfzig Jahre – Sie, meine Damen und Herren, lade ich zum Empfang ein – eine gute Gelegenheit, sich weiter über das Thema auszutauschen!



Anlässlich seines 137. Geburtstags trafen sich am 5. Januar 2013 Verwandte, Wegbegleiter und Freunde Konrad Adenauers, um ihm und dem vor fünfzig Jahren von ihm so wie dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulles unterzeichneten Elysée-Vertrag zu gedenken.

Herausgeber

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin, in Kooperation
mit der Stiftung Bundeskanzler-
Adenauer-Haus*

Verantwortlich

*Dr. Melanie Piepenschnieder
(Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.)
Dr. Corinna Franz
(Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus)*

Fotos

Sabine Widmaier

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt, mit Ausnahme der frei zugänglichen Fotos. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2013
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-944015-44-6

www.kas.de